



### **CDU will weitere Informationen über die personelle Situation der Polizei im Landkreis Harburg**

Die Vertreter der Polizeigewerkschaften haben in einer Stellungnahme auf die Situation der Polizei im Landkreis Harburg hingewiesen. Anlass zur Stellungnahme war die Sorge um die personelle Entwicklung bei der Polizeiinspektion Harburg und die Tatsache, dass die polizeiinternen Bemühungen die Situation nicht nachhaltig verbessern konnte.

Die Politik im Landkreis wird durch die Polizeigewerkschaften im Landkreis Harburg aufgefordert, sich für die dringend notwendige Verbesserung für die Region, die Bevölkerung und die hier tätigen Beamten zu erreichen.

Auf Einladung der CDU-Fraktion informierten Uwe Hesebeck (Deutsche Polizeigewerkschaft, DPoIG), Hans-Ulrich Koch (Gewerkschaft der Polizei, GdP) und Gert-Ulrich Schulz (Bund Deutscher Kriminalbeamter, BdK) nun im Rahmen einer gemeinsamen Gruppensitzung mit der WG über den aktuellen Stand.

In ihrem Vortrag gingen die Vertreter der Polizeigewerkschaften noch einmal auf die hohe Belastung für der Polizeibeamten insbesondere im Bereich der Polizeiinspektion des Landkreises ein. Diese Belastung ist unter anderem durch den großen Einsatzbereich, die im Vergleich mit anderen Polizeidirektionen höheren Fallzahlen, den zusätzlichen Personalbedarf für die Autobahnpolizei und die zahlreichen Wohnungseinbrüche begründet. Während sich im annähernd gleichgroßen Einsatzbereich der Polizeidirektion Hameln 343 Beamte um 321 Wohnungseinbrüche kümmern, hatten die 345 Beamten der für den Landkreis zuständigen Polizeidirektion im selben Zeitraum 966 Fälle zu behandeln.

„Zwischenzeitlich haben wir im Landkreis jährlich über 1.100 Fälle von Wohnungseinbrüchen und belegen damit bundesweit den traurigen 2. Platz“, so der Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion Dr. Hans-Heinrich Aldag. „Die für die Personalverteilung angewandten Parameter haben sich scheinbar nicht bewährt“ ergänzt Aldag. „Wir würden gern noch weitere Informationen zu diesem Thema erhalten und bitten nun den Landrat in einem Antrag darum, den zuständigen Leiter der Polizeidirektion Lüneburg zu einem Gespräch mit uns und den übrigen im Kreistag vertretenen Fraktionen in den Ordnungsausschuss einzuladen.“